

chef vom Dienst:
2 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
Übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlag: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Druck: Auf Recyclingpapier gedruckt

Dienstag, 17. Oktober 1989

Blatt 2300

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Amtseinführung im Wilhelminenspital (2301)
- Psychiatrische Abteilung im SMZ-Ost (2302)
- 400ste Fahrradabstellanlage in Wien (2303)
- „Polenmilliarde“ wird beschlossen (2305)
- Zilk fordert Umdenken bei Ausländerbeschäftigung (2306)
- Die Chancen Wiens in einem neuen Europa (2307-2310)

Kultur:

- „Gewalt und Zärtlichkeit“ am Mittwoch (2304)

Amtseinführung im Wilhelminenspital

Wien, 17.9. (RK-KOMMUNAL) Im Wilhelminenspital wurde Dienstag Univ.-Prof. Dr. Jürgen HOLLE von Gesundheits- und Spitalsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER als neuer Vorstand der Abteilung für Plastische und Wiederherstellungschirurgie in sein Amt eingeführt. Univ.-Prof. Dr. Holle tritt damit die Nachfolge von Prim. Dr. Hans BRUCK an, der seit 1976 Vorstand dieser Abteilung war und in den Ruhestand trat. Der neue Primarius war bisher als Oberarzt an der 2. Chirurgischen Universitätsklinik im AKH tätig. (Schluß) zi/rr

Psychiatrische Abteilung für SMZ-Ost

Wien, 17.10. (RK-KOMMUNAL) Die Errichtung einer eigenen psychiatrischen Abteilung mit insgesamt 120 Betten im Krankenhaus des Sozialmedizinischen Zentrums Ost im Rahmen einer dritten Ausbaustufe beschloß Dienstag der Gemeinderatsausschuß für Gesundheits- und Spitalswesen. Das Krankenhaus wird bekanntlich in mehreren Ausbaustufen errichtet, wobei die Inbetriebnahme der ersten Ausbaustufe mit zwei Bettenhäusern (544 Betten) für 1992 beziehungsweise der zweiten Ausbaustufe mit einem Bettenhaus (256 Betten) für 1994 vorgesehen ist. Zum Zeitpunkt der Eröffnung des ersten Teiles des Krankenhauses 1992 wird auch der Rohbau für die dritte Ausbaustufe (Psychiatrische Abteilung) im wesentlichen fertiggestellt sein.

Kernspintomograph, Nieren- und Gallensteinzertrümmerer

Der in den letzten Jahren erfolgten Entwicklung ärztlicher Untersuchungs- und Behandlungsmethoden Rechnung tragend, werden außerdem im Rahmen der dritten Ausbaustufe noch einige zusätzliche medizintechnische Einrichtungen geschaffen werden. Neben einem sogenannten Lithotriptor für die Zertrümmerung von Nieren- und Gallensteinen, wird das Institut für Röntgendiagnostik mit einem Kernspintomograph bzw. einer Bestrahlungseinrichtung sowie einer digitalen Radiographie ausgestattet werden. Insgesamt werden sich die Baukosten für die dritte Ausbaustufe auf 430 Millionen Schilling plus 102 Millionen Schilling Einrichtungskosten belaufen. Damit erhöhen sich die Gesamtkosten für das Krankenhaus im Sozialmedizinischen Zentrum Ost auf 5.681 Millionen Schilling (Baukosten) bzw. 872 Millionen Schilling (Einrichtungskosten). (Schluß) zi/bs

400ste Fahrradabstellanlage in Wien

Wien, 17.10. (RK-KOMMUNAL) Wie Verkehrsstadtrat Johann HATZL mitteilte, wurde am Montag die 400ste Radabstellanlage vor dem Technischen Museum in Anwesenheit der Bezirksvorsteher Otto BAUER (14. Bezirk) und Kurt MENGER (15. Bezirk) ihrer Bestimmung übergeben.

Im Jahr 1985 war über Initiative von Bürgermeister Dr. Helmut ZILK zur Förderung des Verkehrsmittels Fahrrad die Aktion „Fahrradabstellanlagen an zentralen Örtlichkeiten im Wiener Raum“ ins Leben gerufen worden. Diese Anlagen bilden eine ebenso praktische wie sichere Abstellmöglichkeit für Fahrräder.

Um eine möglichst flächendeckende Versorgung des Wiener Raumes mit solchen Abstellanlagen zu erreichen, wurde die Wiener Wirtschaft aufgerufen, diese Aktion durch die Übernahme der Kosten von Herstellung und Montage der Abstellbügel zu unterstützen. Als Gegenleistung der Stadt Wien wird den Sponsoren eine Werbemöglichkeit jeweils am ersten Abstellbügel eingeräumt; weiters sind sie von der Leistung der Gebrauchsabgabe befreit.

400ste Fahrradabstellanlage

Die 400ste Anlage wurde in Wien 14, Mariahilfer Straße 212, unmittelbar vor dem Technischen Museum, installiert. Mit dieser Örtlichkeit werden den Radfahrern in Wien seitens der Stadt in enger Zusammenarbeit mit den Sponsoren insgesamt 3.800 sichere Abstellplätze für das Abstellen des Fahrrades angeboten. Die betreffende Anlage wird von den Sponsoren Wiener Städtische Versicherung, Zentralsparkasse und Kommerzbank, Milupa und Erste Allgemeine Versicherung finanziert. Die genannten Unternehmen zählen zu den Hauptsponsoren, die bisher rund drei Viertel der bestehenden Anlagen finanziert haben.

In diesem Zusammenhang erwähnte Hatzl, daß noch etwa 20 weitere Örtlichkeiten mit solchen Fahrradabstellanlagen versorgt werden. Insbesondere wird hier auf die neue U-Bahn-Linie U 6 Rücksicht genommen: Die neun Stationen „Längenfeldgasse“, „Niederhofstraße“ und „Philadelphia-Brücke“ werden mit derartigen Abstellanlagen ausgestattet. Weiters bekommen einige bestehende Anlagen — auf Grund der besonders großen Inanspruchnahme — zusätzliche Abstellbügel für Fahrräder dazu. (Schluß)
pz/rr

„Gewalt und Zärtlichkeit“ am Mittwoch

Wien, 17.10. (RK-KULTUR) Arturo ALAPE und Luis FAYAD, zwei Autoren, die außerhalb ihres von politischer Gewalt erschütterten Heimatlandes Kolumbien leben, lesen am Mittwoch im Rahmen der lateinamerikanischen Literaturwoche „Gewalt und Zärtlichkeit“ (Österr. Tabakmuseum, Mariahilfer Straße 2, 19.30 Uhr).

Arturo Alape war in seiner Heimat Redakteur einer kommunistischen Wochenzeitung, ehe er nach Kuba emigrieren mußte, wo er heute in Havanna lebt. Seine Erzählungen zeugen vom Alltag der Guerilla, vom Kampf gegen Aberglauben und Unmenschlichkeit, wobei Alape besonderen Wert auf den dokumentarischen Gehalt seiner Bücher legt.

Luis Fayad lebt seit 1974 in Europa, wo er 1987 mit dem Roman „Auskunft über Esters Verwandte“ bekannt geworden ist. Diese literarische Chronik vom Abstieg des bürgerlichen Mittelstandes spiegelt die Wirklichkeit Lateinamerikas wieder. (Schluß) gab/szm

„Polenmilliarde“ wird beschlossen

Wien, 17.10. (RK-KOMMUNAL) Wie Bürgermeister Dr. Helmut ZILK Dienstag in seinem Pressegespräch mitteilte, wird die von ihm vor einigen Wochen angekündigte „Polenmilliarde“ in der kommenden Woche im zuständigen Gemeinderatsausschuß beschlossen werden. Es handelt sich bei dieser Garantie um einen „revolvierenden Kreditrahmen“; die Abwicklung sollen die „Z“ und die „CA“ übernehmen. Bevorzugt behandelt werden Agrartechnik und Touristik. Zilk betonte, daß die Stadt Wien Polen damit nicht nur als erste ein konkretes Angebot gemacht habe, sondern dieses Angebot auch als erste umsetze. (Schluß) ger/bs

Zilk fordert Umdenken bei Ausländerbeschäftigung

Wien, 17.10 (RK-KOMMUNAL) Wiens Bürgermeister Dr. Helmut ZILK forderte am Dienstag in seinem Pressegespräch die Arbeitsmarktverwaltung zu einem Umdenken und zu einer neuen Politik bei der Erteilung von Arbeitsgenehmigungen für Ausländer auf. Der Wirtschaftsaufschwung sei spürbar und meßbar. Derzeit würden aber tausende Ausländer in die Schwarzarbeit gedrängt, zahlten dadurch keine Steuern und seien de facto Lohndrücker. Sowohl Arbeiter als auch Unternehmer würden auf diese Weise kriminalisiert. Zilk betonte, daß er sich mit seiner Forderung nach einem Umdenken bei der Arbeitsmarktverwaltung einig mit Handelskammerpräsident DITTRICH wisse, es gehe um ein gemeinsames Anliegen der Stadt Wien und der Wiener Wirtschaft. (Schluß) ger/bs

Die Chancen Wiens in einem neuen Europa

Wien, 17.10. (RK-KOMMUNAL) Die immer rascher und drastischer vor sich gehenden Veränderungen in der politischen und gesellschaftlichen Landschaft Europas bieten Wien als stabiler mitteleuropäischer Metropole eine Reihe von Entwicklungschancen.

Diese Chancen einerseits rechtzeitig zu erkennen, andererseits mögliche Fehlentwicklungen und Nachteile zu vermeiden, ist Aufgabe vorausplanender Stadtpolitik. In diesem Sinne war die Ankündigung von Planungsstadtrat Dr. Hannes SWOBODA im Spätsommer dieses Jahres zu verstehen, Szenarien eines „Wien 2010“ erstellen zu lassen.

Die — erfreuliche — Auseinandersetzung mit diesem spannenden Thema in den verschiedensten Medien hat zu einigen Fehlinterpretationen geführt.

So wurde — offensichtlich mißverständlich — von einer Zuwanderung in die Wiener Region in Millionenhöhe gesprochen.

Tatsächlich sprechen vorsichtige Schätzungen von einem möglichen Anwachsen der Wiener Bevölkerung auf etwa 1,6 bis 1,7 Millionen bis etwa zur Jahrtausendwende.

Um den Zukunftsüberlegungen und -planungen eine wissenschaftliche Grundlage zu geben, wurde nunmehr eine Gruppe österreichischer Institute (Institut für empirische Sozialforschung — IFES, Institut für Wirtschafts- und Sozialforschung — IWS und das Kommunalwissenschaftliche Dokumentationszentrum — KDZ) mit der Erstellung mittelfristiger Szenarien unter dem Motto „DIE BEDEUTUNG OFFENER GRENZEN FÜR DIE WIENER STADTENTWICKLUNG“ beauftragt.

Die Aufgabenstellung dieser Beauftragungen präsentierte Dienstag Planungsstadtrat Dr. Hannes Swoboda im Pressegespräch des Bürgermeisters.

Erste Ergebnisse der jetzt beauftragten Studie sollen im Frühjahr 1990 vorliegen.

Ausgangssituation

Die europäische Nachkriegsordnung ist im Umbruch; die EG schicken sich an, bis in die erste Hälfte der neunziger Jahre hinein den Binnenmarkt zu verwirklichen, in Osteuropa zeichnen sich teils tiefgreifende wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Um- und Neugestaltungen ab. Die derzeit absehbaren Perspektiven weisen mehrheitlich in die Richtung einer grenzüberschreitenden Dynamik, die insbesondere die in der jüngeren Vergangenheit ruhige Ostregion und deren Zentrum, die Stadt Wien, erfassen.

Diese Dynamik kann viele Gesichter annehmen

- Wien wird unter Umständen wieder Ziel ausländischer Zuwanderer werden; von Menschen, die sich hierher begeben, um einen ständigen Wohnsitz zu erlangen, seien es politische Flüchtlinge oder Zuwanderer mit wirtschaftlichen Motiven. Sie werden, je nach Gegebenheiten, verschiedene Sprachen sprechen und divergierende Handlungsspielräume und Bedürfnisse haben.
- Weiters können sich neue Ströme von Arbeitspendlern herausbilden; auch mit Gastarbeitern aus neuen Herkunftsländern ist zu rechnen.
- Wien kann auch, viel stärker noch als jetzt, Fremdenverkehrsziel werden, für Besucher aus Ländern, mit denen es bisher kaum einen touristischen Austausch gab.
- Schließlich könnten sich alle diese Entwicklungen und noch andere nebeneinander einstellen; kurz: Wien wird vermutlich viel stärker von grenzüberschreitenden Bevölkerungsbewegungen kurz-, mittel- und langfristiger Natur berührt werden.

Wiens Stadtpolitik und Stadtentwicklung haben in den vergangenen Jahrzehnten keine solche Entwicklungen zugrundegelegt, man ist vielmehr von einer stark gebremsten Dynamik ausgegangen. Nun hat man sich, noch dazu vor dem Hintergrund einer großen Unsicherheit über die Zukunft, flexibel auf eine neue Dynamik einzustellen. Dabei gilt es, die Zukunftsaussichten nicht nur als (unvermeidliches) Problem und als konfliktträchtig zu begreifen, sondern die darin ebenfalls angelegten Chancen zu nützen.

Die Arbeitsgemeinschaft IFES/IWS/KDZ wurde nun mit der Erarbeitung einer Unterlage beauftragt, in der, soweit dies jetzt schon möglich ist, erste Abklärungen der zahlreichen offenen Fragen erfolgen und die Fragestellungen systematisch aufbereitet werden sollten.

Szenarien

Die Überprüfung von Art und Ausmaß der zu erwartenden Bevölkerungsdynamik erfolgt mittels dreier Szenarien betreffend die unterschiedlichen politischen Rahmenbedingungen.

Das EG-Szenario

Falls Österreich Mitglied der EG wird, wird es in seiner Zuwanderungspolitik an EG-Richtlinien gebunden sein, und die EG verfolgt voraussichtlich eine selektive Zuwanderungspolitik gegenüber Nicht-EG-Mitgliedsländern. Zu- und Abwanderungen wären aber, aufgrund der angepeilten Freizügigkeit der Arbeitskräfte, aus EG-Binnenwanderungen zu erwarten. Der mögliche Wanderungsgewinn aus osteuropäischen Staaten wird zumindest mittelfristig gering sein, wie weit Ostösterreich und Wien Bevölkerung gewinnen oder verlieren, hängt u.a. auch von der langfristigen Anpassung der EG-Politik ab, etwa gegenüber den osteuropäischen Staaten und weiteren beitrittswilligen Ländern, wie z.B. auch der Türkei.

Wien hätte dann eventuell kein absolutes Bevölkerungswachstum zu erwarten, weil es nicht nur zu Zu-, sondern auch zu Abwanderungen kommen kann; möglicherweise hätte Wien dann aber eine andersartige (multi-kulturelle) Bevölkerungsstruktur.

MITROPA-Szenario

Angenommen wird hier: Österreich ist nicht Mitglied der EG und folglich in seiner Zuwanderungspolitik ungebunden, außerdem liberalisiert sich der europäische Osten weiter und schafft die Reform der wirtschaftlichen Strukturen. Liberalisierung im Osten bewirkt voraussichtlich, bei gleichzeitiger Offenheit Österreichs, eine vielschichtige (Wanderungs)dynamik, die nur zum Ziel steuerbar sein wird. Entscheidend würde daher sein, welchen Grad der „offenen Grenze“ Österreich gegenüber den östlichen und nördlichen Nachbarländern anstrebt und, damit verbunden, welche Begrenzungs- oder allgemeine Steuerungsmöglichkeiten auf verschiedenen instrumentellen Ebenen beibehalten oder geschaffen werden (Kontingentvereinbarungen, Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigungen, Visa). Die Dynamik würde sich eher auf kurzfristige Bewegungen (also Pendeln, wirtschaftlicher Austausch, Tourismus etc.) konzentrieren.

Dieses Szenario ist auch mit einer liberalen EG durchzudenken. Es käme dann zu einer breiten Durchmischung der heutigen europäischen Wirtschafts- und Kulturräume (Schmelztiegelfunktion). Je nach Grad der Offenheit kann es eine „sanfte“ oder „massive“ Durchmischung sein. Ostösterreich und Wien wären dann in ein System kommunizierender Gefäße eingebunden, in dem ein permanenter Austausch die Beziehungen der Länder prägt.

Forts. von Blatt 2307

Forts. auf Blatt 2309

Asylantenszenario

Ist Österreich in Hinkunft nicht in der EG, und der Osten liberalisiert sich nicht im heute erwarteten bzw. erhofften Ausmaß, wird Österreich vielleicht eines der letzten Länder Mitteleuropas sein, das Zuwanderungen aus dem Osten zuläßt. Österreich und Wien wären dann wahrscheinlich ein bevorzugtes Ziel politischer Flüchtlinge aus dem Osten und vielleicht auch aus der Dritten Welt. Während Szenario 1 und 2 Wanderungsbewegungen erwarten lassen, die schwergewichtig wirtschaftlich begründet sind, stünden im Szenario 3 stärker politisch begründete Wanderungsströme bevor. Anders als in den anderen beiden Szenarios wäre kein „Hinterland“ vorhanden, Wien gewänne also „nur“ Wohnbevölkerung.

Wohnungspolitik

Die aktuelle Wiener Wohnungspolitik legt ein bestenfalls geringfügiges Wachstum der Zahl der Haushalte zugrunde und strebt, auch mit dem Neubau, der hierfür als Voraussetzung gesehen wird, primär die Umgestaltung des Wohnungsbestandes an.

Der Zuzug von Bevölkerung aus dem Ausland, mit zumindest kurz- bis mittelfristig unterdurchschnittlichen Einkommen, könnte zu einer Kurskorrektur zwingen: Es entstünde ein Bedarf sowohl an mehr als auch an billigen Wohnungen. Der kommunale Wohnbau und die Erhaltung des billigen Altwohnungsbestandes bekämen dann einen neuen bzw. anderen Stellenwert.

Entsprechend den aus den Szenarien folgenden Bevölkerungsströmen sind daher Wohnungsbedarfsfragen, Fragen zur erforderlichen Beeinflussung der Wohnungspreise, zu den Wohnungsqualitäten und zur räumlichen Ausprägung des Wohnens zu behandeln. Unter planungs- und bodenpolitischen Gesichtspunkten ist der Frage nachzugehen, wie es um die für zusätzlichen Wohnungsneubau erforderlichen Bodenreserven steht.

Wirtschaft und Arbeitsmarkt

Die wirtschaftlichen Dimensionen der einzelnen Kontrastszenarien gehen von der Überlegung aus, daß zwischen der Migration und der Wirtschaftsentwicklung teils selbstverstärkende, teils kompensierende Rückkopplungsmechanismen bestehen. Zu den zentralen Wirkungsgrößen dieser Rückkoppelungen zählen Unterschiede der Löhne und der Lebenshaltungskosten in den „Herkunfts“- und „Ziel“-regionen.

Je nachdem wie sich die Grenzen „öffnen“, entsteht für Wien eine spezifische Konkurrenzynamik.

Besondere Beachtung wird der Arbeitsmarktentwicklung geschenkt. Dabei stehen Fragen nach der allgemeinen Lohnentwicklung und qualifikations- und branchenspezifischen Entlohnungsdifferenzialen im Vordergrund.

Sozialpolitik

Von eminenter praktischer, politischer und verwaltungstechnischer Relevanz sind sozialstrukturelle Effekte der Migration für die Aufnahmeländer. Während Zuwanderer, die eine qualifizierte Ausbildung aufweisen und entsprechend beruflich eingliederbar sind, eher positive Effekte (Behebung des Facharbeitermangels) auslösen, stellt der Zuzug sozial schwacher Gruppen Belastungen dar, für die Vorsorge getroffen werden muß. Sozialpolitische Planungsvarianten müssen unterschiedliche Muster der Einwanderer auch unter Berücksichtigung von Variationen hinsichtlich der sozialen Pyramidenbildung sowie der gesamten Wirtschaftspolitik einbeziehen. Wesentlich in diesen Bereich fallen naturge-

Forts. von Blatt 2308

Forts. auf Blatt 2310

mäß die sozialen Aspekte des Wohnens (Stichworte: „Ghettoisierung“, „Slumbildung“) unter Annahme der genannten Migrationsszenarien.

Forts. von Blatt 2309

Bildungspolitik

Größere Migrationsschübe, bei denen davon ausgegangen werden kann, daß insbesondere jüngere Menschen zuwandern, schaffen eine starke Nachfrage nach entsprechenden Schul- und Bildungsleistungen, wobei durchaus auch an die Planung zweisprachiger Universitäten gedacht werden kann. Fragen im Zusammenhang mit der Kulturpflege (z. B. Schaffung eigener Theater-, Film- und Lokalangebote für Ausländer) sind ebenfalls einzubeziehen.

Städtische Dienstleistungen

Die städtischen Dienstleistungen würden im Falle größerer Migrationen einen zweifachen Anpassungsbedarf erfahren.

- einen kapazitätsmäßigen und
- einen qualitativen, letzteren, z.T. weil neue, bisher unbekannte Bedürfnisstrukturen abzudecken wären. Quantitative/qualitative Veränderungen wären insbesondere im Bereich der sozialen Infrastruktur — z.B. Kindergärten, Sozial- und Gesundheitseinrichtungen, Kommunikationsstätten, Erholungsmöglichkeiten etc. erforderlich.

Die Frage der künftigen Verkehrspolitik ist angesichts einer Situation offener Grenzen von zentraler Bedeutung, da von allen heute vorstellbaren Konstellationen ein Druck in Richtung noch größeres Verkehrsaufkommen ausgehen könnte, d.h. sowohl durch Arbeits- und Einkaufspendeln in beide Richtungen, durch vermehrten Tourismus und durch mehr Wohnbevölkerung. Hier bietet eine Fortführung der Verkehrsplanungen für die anzunehmenden Erfordernisse der EXPO 95 Lösungsansätze. (Forts. mgl.) lf/rr/bs